

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 26

Ersteinst. Sonntag, Zugspende vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Post- und Abh. für Postbr. Beilagen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Moritzpl. 56-3

Berlin, den 20. Juni 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile für 60 Zeilen; für Verbandsmitglieder 50 Pfennig; für andere 60 Pfennig; Versammlungsanzeigen usw. 80 Pfennig. Der Tag kannpreis ist vorher zu nicht a

36. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 26. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, eruchen wir sie, ihre Beitragsmarken des öfteren daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, liebe man sie nach.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einsetzung der Abrechnungen. Trotz unserer wiederholt erfolgten dringenden Aufforderung um rechtzeitige Fertigstellung und Einsetzung der Abrechnung haben die Verwaltungen der Gau- und Bezirksstellen in Oberstodt, Freiburg i. Br., Grimma, Bamau, Köstlin, Neudamm, Osterwied, Kautlingen, Torgau, Weissenfeld und Wiesdorf die Abrechnung für das erste Quartal 1920 noch nicht eingeleistet. Wir richten an die Verwaltungen dieser Bezirksstellen das dringende Ersuchen, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnung nun schnellstens an uns eingeleitet wird, da wir sonst für diese Orte die im Handbuch S. 65 vorgesehene Maßnahmen in Anwendung bringen müßten.

2. Beiratstätigkeit und Urabstimmung. Dem Beschlusse des Verbandstages entsprechend hat am 9. und 10. Juni eine gemeinschaftliche Sitzung des Beirats und des Vorstandes stattgefunden, um Stellung zur Beitrags- und Unterstützungsfrage zu nehmen. Da der Beirat es ablehnte, einen Antrag auf Beitragserhöhung zur Urabstimmung zu stellen, mußte auch die beabsichtigte Neuregelung des Unterstützungsverfahrens zurückgestellt werden.

Beiträge und Unterstützungen bleiben also einstweilen unverändert, nur die Invalidenunterstützung wird durch eine währungsliche Teuerungszulage bis auf weiteres um 10 Pf. monatlich erhöht. Die Extrasteuer wird in der bisherigen Höhe weiter erhoben.

Im September oder Oktober wird der Beirat wieder zusammentreten, um noch einmal zur Beitrags- und Unterstützungsfrage und zu einer eventuellen Urabstimmung Stellung zu nehmen.

3. Neue Bezirksstellen des Verbandes sind mit unserer Zustimmung gegründet im Gau 9 in Koburg und in Nordhausen i. Th. Beide Bezirksstellen treten vom 1. Juli ab in Wirksamkeit.

4. Die Lokalbeiträge sind in folgender Orden neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen wöchentlich in

Ort	Männl. Mitgl.		Weibl. Mitgl.	
	1. Klasse	2. Klasse	1. Klasse	2. Klasse
Glauchau	25 Pf.	15 Pf.		
Wachen	50 Pf.	30 Pf.	20 Pf.	15 Pf.

5. Neue Angestellte des Verbandes. In Verfolg der Ausschreibungen in Nr. 17 und 18 der „Buchbinder-Zeitung“ teilten wir mit, daß im Einverständnis mit den betreffenden Ortsverwaltungen durch Vorstand und Ausschuss gewählt sind:

für Gau 12 (Chemnitz) der Kollege Paul Wiering in Zwickau und für Magdeburg und Gau 5 der Kollege Claus v. d. Reith in Magdeburg.

Beide neuen Angestellten werden ihr Amt sobald wie möglich antreten.

Den Bewerbern, die bei der Wahl ausgefallen sind, danken wir bestens für ihre Bewerbung und rechnen darauf, daß sie sich durch den Ausfall der Wahl in ihrer Arbeit für den Verband nicht beirren lassen und sich bei späterer Gelegenheit auch wieder ganz der Organisation zur Verfügung stellen.

6. Wahl und Neuwahl aller Angestellten für die Bezirksstelle Berlin. Die Erhöhung der Mitgliederzahl in Berlin und ein diesbezüglicher Beschluß in der Jahresgeneralversammlung der Bezirksstelle (§ 48 Ziffer 4, des Verbandstatuts) machen die Anstellung von mehreren neuen Beamten und die Neuwahl aller bisherigen Angestellten in der Bezirksstelle Berlin notwendig.

Zu besetzen sind folgende Ämter:

1. Zwei Bevollmächtigte mit gleichen Rechten (bisher Kaspar und Würzberger).
2. Ein erster Kassierer (bisher Dylomsk).
3. Ein zweiter Kassierer oder Kassiererin (bisher wahrgenommen durch Frau Roscielmaw).
4. Ein Branchenleiter für die Buchbinderbranche (bisher Czerny).
5. Ein Sekretär für die Buchbinderbranche (neu, zurzeit ausfühungsweise besetzt).
6. Ein Angestellter für die Lugschpapierbranche (neu).
7. Ein Angestellter für die Kartonbranche (früher Klar, zurzeit ausfühungsweise besetzt).
8. Drei Verwaltungsbeamte (bisher Becker, Schaarshmidt, Töpfer).
9. Eine weibliche Hilfskraft für die Kassengeschäfte (neu).

Bewerbungen und Lebenslauf bitten wir in zwei Exemplaren spätestens bis zum 28. Juni an den Verbandsvorstand (Berlin S. 59, Urbanstr. 63) gelangen zu lassen.

In den Bewerbungen bitten wir anzugeben, auf welche der ausgeschriebenen Stellen die Bewerbung sich beziehen soll. Alle Bewerber müssen wenigstens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein.

Wegen alles Näheren verweisen wir auf unsere Bekanntmachung in Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“.

7. Karten zur Arbeitslosenstatistik (gelbe Karten) werden den Kassierern der Bezirksstellen und Gauen im Laufe der kommenden Woche überandt. Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen (Frage 3 u. 4) kommt für diesen Monat der 26. Juni in Betracht. Die anderen Fragen (Nr. 2 und 5 bis 8) beziehen sich auf das ganze abgelaufene Vierteljahr. Die Ausfüllung dieser Spalten kann also erst erfolgen, wenn für das Vierteljahr die entsprechenden Zahlen vorliegen.

Zu weiterer Orientierung über die Beantwortung der Fragen verweisen wir auf das „Handbuch für die Bevollmächtigten“ Seite 226-227.

Sollten Berichtskarten irgendwo nicht eingegangen sein, bitten wir um baldige Mitteilung. Die Berichtskarten müssen spätestens am 8. Juni bei uns eingehen.

8. Tarifnachträge für den Reichstarif für Buchbindereien und verwandte Betriebe, enthaltend die vom 1. Juni ab geltenden neuen Lohnabkommen für die Buchbindereien und für die Briefumschlagindustrie, und der 1. Nachtrag für den Reichstarif (Hilfsstarif) sind erschienen und bei den Ortsverwaltungen zu haben. Der Verbandsvorstand.

## Drohender Streik in den Buchbindereien Berlins.

Eine überaus hart besuchte Branchenversammlung der in den reinen Buchbindereien Beschäftigten nahm am 14. Juni den Bericht entgegen über den Versuch der Unternehmer, die neue Teuerungszulage davon abhängig zu machen, daß von seiten der Personale die Heraufsetzung der 40stündigen auf die 48stündige Arbeitszeit zugestimmt wird. Nach ziemlich erregter Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Branchenversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber gegenüber den berechtigten Forderungen nach Lohn- und Gehaltserhöhung. Sie erblickt darin eine Provoktion und Verschleppungspolitik. Die Versammlung gibt ihren Vertrauensleuten den Auftrag, als letztes verschöndertes Mittel den Arbeitgebern das Ultimatum zu stellen, bis zum 16. d. M., mittags 12 Uhr, Vorkasse in Höhe von 35 Mk. für männliche, 25 Mk. für weibliche Beschäftigte, fortlaufend bis zur Erzielung dieser Angelegenheit ohne jede Verhinderung zu gewähren, d. h. ohne Abzüge, sowie die Bezahlung des durch passive Resistenz ausfallenden Lohnes.

Eine weitere einstimmig angenommene Entschliebung wendet sich gegen die beabsichtigte Verrückung der Arbeitszeit. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dieses Attentat abzuwehren. Sie erwarten von ihrer Verhandlungskommission, daß nur dann in den Punkt über die Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten werden kann, wenn damit die restlose Abschaffung der Hordarbeit verbunden wird.

## Die Tarifstatistik

Hat bis jetzt nur ein recht dürftiges Ergebnis gezeigt, denn nur von 68 Bezirksstellen sind Fragebogen, und zwar von 94 Orten, eingeleitet worden. Nach diesem Teilergebnis erhielten Lohnzulagen in der Buchbinderbranche um:

	im März 1920	im April 1920
2848 Gehilfen und Facharbeiter	83 048	86 313
650 ungeübte Arbeiterinnen unter 16 Jahren	5 383	6 080
848 ungeübte Arbeiterinnen über 16 Jahre	11 554	7 000
315 geübte Arbeiterinnen	47 830	62 032
497 Hilfsarbeiter	17 525	24 250
1105 Hilfsarbeiterinnen	32 700	34 425
9191 insgesamt	198 140	221 060

In der Kartonbranche usw. erhielten Lohnzulagen:

	im März 1920	im April 1920
655 Facharbeiter	22 286	27 943
811 Hilfsarbeiter	12 585	8 845
Facharbeiterinnen:		
425 unter 16 Jahren	5 545	8 127
977 über 16 Jahre	18 420	15 950
1271 Hilfsarbeiterinnen	12 470	20 060
Im Hord:		
841 Facharbeiter	17 600	30 735
223 Hilfsarbeiter	4 353	5 940
931 Arbeiterinnen	26 200	27 385
5734 insgesamt	119 439	140 015

Es ist außerordentlich bedauerlich und beschämend, daß die Beteiligung an dieser Statistik bisher nur eine solche geringe war. Denn insgesamt werden bei unseren 87 000 Mitgliedern nur 14 926 Personen erfasst, die im März 317 579 Mk. und im April 331 105 Mk. durch die Tarifbewegung Lohnzulage erhielten.

Hoffentlich erinnert dies Ergebnis die sämtlichen Bezirksstellen an ihre Pflicht, die Ortsfragebogen nach nachträglich unverzüglich einzuliefern. H.

Arbeitslosenstatistik.

Die diesmalige monatliche Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit im Monat Mai hat insofern eine wesentliche Ergänzung erfahren, daß zu gleicher Zeit Fragebogen über verheiratete Arbeiter herausgegeben wurden.

Die Statistik gewinnt diesmal noch dadurch an Wert, daß sie verhältnismäßig vollständig ist, da von den 87072 Mitgliedern 85223 von der Umfrage erfaßt wurden.

Keine Berichtskarten haben eingelangt die Zahlstellen Köslin, Osnabrück, Gildesheim, Niensburg, Gera, Weiskensfeld, Wiefen, Wiesdorf, Biersfeld, Hanau, Kirmasens, Kreisburg, Wurzen sowie Seifenhersdorf.

Von den an der Statistik beteiligten 171 Gewerbe- und Pächterverwaltungen mit 24962 männlichen und 60261 weiblichen Mitgliedern waren am 31. Mai 1919 557 = 2,5 Proz. männliche und 750 = 1,3 Proz. weibliche Mitglieder am Orte sowie 11 durchreisende männliche Mitglieder arbeitslos.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre zeigt nachstehende Tabelle:

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Ort, Arbeitslose auf je 100 Mitglieder (1919, 1918, 1917). Rows for months from May 1919 to May 1920.

Ueber den Umfang des verheirateten Arbeitens gibt die nachstehende Zusammenstellung eine interessante Uebersicht:

Table with columns: Uebersicht, Die Betriebe, Männl., Weibl., Summa. Rows for Buchbinderbranche, Kartonnagenbranche, Papierwarenbranche.

Wenn auch der Geschäftsgang im allgemeinen in 27 Zahlstellen noch als ein guter bezeichnet wird, so sind doch 39 Orte, die über Geschäftslage bzw. sehr schlechten Geschäftsgang berichten.

Dagegen wird von Dresden über direkten Mangel an gelerntem Kartonnagenarbeitern geklagt, der infolge der durch den Demobilisationskommissar veranlasseten Entlassung der Frauen eingetreten ist.

Die 2. Sitzung unseres Verbandsrats.

Eine Aenderung im Beitrags- und Unterhaltungswesen abgelehnt.

Am 9. Juni, 9 Uhr früh, eröffnete Kollege Hauelsen die 2. Sitzung des Verbandsrats mit einer Begrüßung der Geschäftsgenossen.

Müller-Leipzig protestiert. Die meisten Rechte des Rats dürften nicht noch weiter geschmälert werden.

Hauelsen (Verbandsvorstand) teilt gegen die Unterstellung Bemerkung ein, daß die Verbandsleitung dem Rat eine Statistenrolle zuweisen wolle.

Wenger-Dresden stimmt ebenfalls, daß die dem Rat zugewiesene Stube in der Leitung nur als Dekoration dienen sollen.

Imhoff-Berlin schlägt sich diesem Protest an. Hauelsen (Verbandsvorstand) teilt gegen die Unterstellung Bemerkung ein, daß die Verbandsleitung dem Rat eine Statistenrolle zuweisen wolle.

Wenger-Dresden und Müller-Leipzig bemerken, daß der Rat gar nicht das Recht für alle Zeiten haben wolle, auf die Gehaltsfrage einen bestimmenden Einfluß auszuüben.

Hauelsen (Verbandsvorstand) spricht im gleichen Sinne. Wenger-Dresden und Müller-Leipzig bemerken, daß der Rat gar nicht das Recht für alle Zeiten haben wolle, auf die Gehaltsfrage einen bestimmenden Einfluß auszuüben.

Imhoff-Berlin wendet sich gegen die Behandlung der Frage durch die jetzige Sitzung, zumal dazu keine Veranlassung und auch kein Antrag vorliegt.

Hauelsen (Verbandsvorstand) macht auf das Unannehmliche des letzten Verlangens aufmerksam. Der Verbandsvorstand müsse sich im Laufe der Zeit in einer ganzen Reihe von Sitzungen mit Angelegenheiten des Rats beschäftigen.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Leitung der Tagung, auch ohne daß er selber Vertreter in dieser Leitung habe.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergibt, daß sich von den 22 Verbandsmitgliedern 15 damit einverstanden erklären, daß die Leitung der Tagung dem Verbandsvorstand obliegen soll.

Zur Tagesordnung selbst bemerkt Herzog-Berlin, daß er die Regelung der Gehaltsfrage, die die erste Verhandlungspunkt vermissen. Die Regelung, die die erste Verhandlungspunkt vermissen.

Hauelsen (Verbandsvorstand) bemerkt dazu, daß diejenigen Verbandsmitglieder, die in bezug auf die Tagesordnung besondere Wünsche hätten, diese dem Verbandsvorstand mitzuteilen Gelegenheit hätten.

Wenger-Dresden. Die Vertretung des Ausschusses könne man als ausreichend ansehen, der Angestelltenrat aber könne noch gerufen werden.

Hauelsen (Verbandsvorstand). Die in der Zwischenzeit gegebene Teuerungszulage stelle keine Gehaltsregelung dar, sondern nur einen Ausgleich für die gestiegene Teuerung.

Imhoff-Berlin hält trotz alledem die Regelung der Gehaltsfrage für wichtig, wenn es auch richtiger gewesen sein mag, er hätte dem Verbandsvorstand vorher davon Kenntnis gegeben.

Hauelsen (Verbandsvorstand). Es liegt kein Antrag auf Abänderung der Gehaltsfrage vor, sondern nur ein solcher über neue Teuerungszulagen.

Imhoff-Berlin wendet sich gegen die Behandlung der Frage durch die jetzige Sitzung, zumal dazu keine Veranlassung und auch kein Antrag vorliegt.

Hauelsen (Verbandsvorstand) macht auf das Unannehmliche des letzten Verlangens aufmerksam. Der Verbandsvorstand müsse sich im Laufe der Zeit in einer ganzen Reihe von Sitzungen mit Angelegenheiten des Rats beschäftigen.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

Keinig-Hamburg erhebt um Ablehnung seiner Vorschläge. Der Rat stelle eine Stütze des Verbandsvorstandes dar, deshalb ja auch die Zustimmung, daß nur in der Werkstatt stehende Mitglieder in den Rat gewählt werden können.

Imhoff-Berlin erkennt die Richtigkeit dieser Einwände an. Er empfiehlt darum, dem Vorschlag der Verbandsleitung zuzustimmen.

gegen die Beschuldigung, daß an den Verbands- vorstand eingehende Anregungen hohnlachend in den Papierkorb wandern. Herzog habe selber keine gering im Vorstand gesehen, u.a. zu wissen, daß seine Beschuldigungen nicht der Wahrheit entsprechen. (Herzog: Da war ich auch bloß das fünfte Rad am Wagen.)

**Hauseisen** (Verbandsvorstand) wendet sich gegen diesen Vorwurf. Herzog müsse seine Anschuldigungen auch beweisen, wenn sie nicht als Verleumdungen gewertet werden sollen.

**Schröter** (Verbandsauschuh): Der Ausschuh habe ebenfalls des Glaubens gelebt, daß sich die Verabschiedung mit der Gehaltsfrage befehlen werde.

Ein Entlastungstrag wurde nunmehr angenommen und mit 13 gegen 12 Stimmen beschlossen, die Regelung der Gehaltsfrage mit auf die Tagesordnung zu setzen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erjudet

**Müller** Leipzig darum, der Opfer des Kapp- Putzches zu gedenken.

Der Beirat ehrt die Opfer durch Erheben von den Klagen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Diese besagt:

- 1. Änderungen des Beitrags- und Unter- stützungswesens;
2. Regelung der Angestelltengehälter;
3. Verschiedenes.

Zum ersten Punkt referiert **Lender** (Verbandsvorstand): Der Verbands- tag habe dem Beirat aufgetragen, zur Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungswesens Stellung zu nehmen.

Diesem Zweck diene die heutige Sitzung. Die erste Beiratsitzung habe erfreulich- weise der Anregung aus Erhebung einer Extra- steuer zugestimmt. Ab 15. Beitragswoche werde diese nunmehr erhoben, doch seien deren finanzielle Erträgnisse noch nicht zweifelhaft zu erkennen.

Nach der bis jetzt vorliegenden Uebersicht seien sie nicht gut, doch ist zu beachten, daß sehr viele Zahlstellen ihre überschüssigen Gelder bis zum Quartalschluß am Ort behalten. Das erschwere die Uebersicht. Eine gewisse Mehreinnahme sei wohl schon jetzt festzustellen, aber auch eine noch größere Mehraus- gabe. Besonders erfreulich sei, daß die Mitglieder- zahl trotz des Extrabeitrages nach wie vor weiter ansteige. Heute können wir mit rund 87 000 Mit- gliedern rechnen.

Im laufenden Jahre haben wir bereits rund 11 000 neue Mitglieder gewonnen. Wir müssen aber mit einem Rückgang rechnen, sobald die wirtschaftliche Krise in verschärfter Weise auf- trete. Die künftige Arbeiterpolitik des neuen Reichs- tags wird ebenfalls von Bedeutung für die Gewin- nung neuer Mitglieder und das Halten der alten sein.

Nicht so günstig wie bei der Mitgliederziffer ist das finanzielle Gedeihen unseres Verbandes. Das Verbandsvermögen sei im Vorjahre um 150 000 M. gestiegen, im ersten Quartal des laufenden Jahres um weitere 200 000 M. Damit dürfen wir uns jedoch nicht zufrieden geben, zumal wenn wir die Geldentwertung mit in die Berechnung einbeziehen.

Die Zunahme von Mitgliedern bedingt einen Rück- gang im Vermögensbestand pro Kopf der Mitglieder. 1918 entfielen auf jedes Mitglied 22,20 M., 1919 nur 14,09 M. reines Verbandsvermögen. Man müsse verlangen, daß hier eine ganz wesentliche Besserung eintritt. Wir müssen uns auf alle Eventualitäten einrichten, auf größere Streiks, größere Arbeitslosigkeit usw. Darum ist es Pflicht der Verbandsinstanzen, hier eine gründliche Vorsehung einzutreten zu lassen und auch größere Rücklagen zu sichern. Wünschenswert wäre es, wenn ein Jahresbeitrag eines jeden Mitgliedes als Rücklage verzeichnet werden könnte. Wenn auch alle Mit- glieder den Kampfcharakter unseres Verbandes als dessen größte und wichtigste Eigenschaft anerkennen, dann zwingt die raube Wirklichkeit sie andererseits doch zu der Empfindung, daß im Bedarfsfalle auch Unterstellungen ausbezahlt werden müssen.

Das Bedürfnis nach Unterstellungen sei in höherem Maße vorhanden als man gemeinhin glaube. Das zeige sich auch darin, daß einige Zahlstellen erst nach Einführung der Extrabeiträge aus lokalen Mitteln Zuschläge zur Krankenunterstützung beschlossen haben. Auch die Vermaltungsstellen des Verbandes und die Zeitung verursachen große Kosten, bedingt durch die Geldentwertung. An der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials bringt **Lender** die Beweise für seine Angaben. Sodann geht er auf die dem Beirat unterbreitete Vorlage des Verbandes- verbandes, die bereits dem letzten Verbandstag vorgelesen hat, näher ein und erläutert die einzel- nen Punkte derselben. Diese Vorlage besagt:

**Entwurf einer Vorlage über Änderungen im Beitrags- und Unterstützungswesen.**

1. Zu § 3, Absatz 2 des Statuts: Das Eintrittsgeld richtet sich nach der Beitragsklasse und ist in der Höhe eines Wochen-

beitrages derjenigen Beitragsklasse zu entrichten, in die der Beitritt erfolgt.

2. Zu § 3, Absatz 2 des Statuts: Erfahrlarier oder -Wähler werden vom Verbandsvorstand ausgerechtfertigt gegen eine Gebühr von 1 M. für eine Mitgliederkarte und von 3 M. für ein Mitgliedsbuch.

Wenn der Anforderung einer Erfahrlarier oder eines Erfahrungsbescheides mehr als 13 Rechte vorhanden sind, kann Erfah nicht mehr geleistet werden.

3. Zu § 7 des Statuts: Der wöchentliche Beitrag ist im voraus zu entrichten und beträgt:

Table with 5 columns: Klasse, I, II, III, IV, V. Values: 0.70, 1.20, 1.60, 2.50, 3.30 M.

Von dem Beitrag der 5. Klasse sind 30 Pf. für die Inzahlungsmittelnutzung zu verrechnen.

4. Zu § 18 des Statuts: An Arbeitslosenunterstützung kann ge- währt werden:

Table with 5 columns: Klasse, nach Beitrags- wochen, pro Tag, Höchst- betrag, Höchst- dauer Tage. Values range from 0.60 to 4.00 M.

5. Zu §§ 23 und 28 des Statuts: Diese Paragraphen sind dahin zu ändern, daß für den wiederholten Arbeitslosenunterstützungsbetrag die Karenz von 26 auf 52 Wochen erhöht wird, dafür aber nicht die Gesamtzahl aller geleisteten Beiträge die Grundlage bildet. (Anträge Nr. 66, 67 und 80 zum Verbandstag.)

6. Für die Umzugsunterstützung sind die Sätze entsprechend dem Antrag 82 zu erhöhen.

7. Für die Invalidenunterstützung sind in § 33 die Sätze in allen drei Stufen um je 10 M. monatlich zu erhöhen.

8. Für die Hinterbliebenenunter- stützung sind die Sätze entsprechend dem Antrag 95 zu erhöhen.

9. Die Streikunterstützung soll in der Regel betragen:

Table with 5 columns: Klasse, I, II, III, IV, V. Values: 15, 21, 27, 33, 42 M.

10. Die den Zahlstellen zur Bestreitung drückster Ausgaben verbleibenden Beitragsanteile sollen betragen:

Für Zahlstellen ohne Angestellte 6 Prozent mit 3 der Beitragsentnahme ohne den Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung.

11. Es sind Vorschläge einzuführen, die beim Bezug von Unterstellungen usw. zu entrichten sind.

In seinen Schlusaussführungen erjudet **Lender** um Annahme dieser Vorlage.

Nach dem Referat schlägt **Hauseisen** (Ver- bandsvorstand) vor, zunächst in eine Generaldis- kussion einzutreten und dann die einzelnen Fragen besonders zu behandeln. Es erweist sich auch als zweckmäßig, zwei Lesungen vorzu- nehmen, um zu ermöglichen, daß einmal gefasste Be- schlüsse durch später zu lassende Korrigiert werden können, um so eine in sich einheitliche Vorlage zu- stande zu bringen. — Der Beirat stimmte dem zu.

Nunmehr wird in die Generaldiskussion eingetreten.

**Herzog** Berlin. Schon vor dem vom Ver- bandstag festgesetzten Termin mußte sich unser Ver- band mit einer vorläufigen Regelung der Beitrags- frage befassen, weil die Verhältnisse härter waren als vorausgesehen war. Die Frage ist schwer zu lösen, da die einzelnen Mitglieder an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind. Es sieht sehr, daß unsere Kollegenschaft immer mehr der Ver- elendung entgegenziehe und nicht noch mehr leisten könne. Die Funktionäre der Zahlstelle Berlin haben sich darum auf dem Standpunkt gestellt, weitere Erhöhungen der Beiträge abzulehnen. Die Kollegenschaft sei von dem letzten Verband- lungen mit den Unternehmern sehr ent-

täuscht, und darum könne man ihr nicht zumuten, bei den Beitragsleistungen, die sie als Lohn weiter er- halten, auch noch höhere Beiträge zu leisten. Auch die soziale Belastung sei ganz enorm gestiegen. Die Krankentafelbeiträge sind von über 2 auf über 7 M. pro Woche gekommen. Dazu tritt in wenigen Tagen der starke Rohwollzug für Steuern in Kraft. Auch das ist eine Belastung, deren Folgen nicht abzuschätzen sind, wenn nicht ein Ausgleich in der Entlohnung geschaffen wird. Aus allen diesen Gründen ist jetzt der ungeeignetste Zeitpunkt für Beitrags- erhöhung.

Die Lage der Zahlstelle Berlin hat diese gegungen, ihre Lokalbeiträge ganz wesentlich zu erhöhen, wenn ihr Bestand nicht bald aufgebraucht sein sollte. In den sogenannten Nebenbranchen würden wir mit Uebertritten zu Verbänden rechnen müssen, die mit geringeren Beiträgen arbeiten. Aber auch in der Buchbinderbranche erheben sich Schwierigkeiten, weil unsere Mitglieder die neue Belastung unmöglich tragen können. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die deutschen Gewerkschaften zu einer Art Einheits- beitrag kommen würden, dann bräuchten wir die Konkurrenz der billiger arbeitenden Verbände nicht zu fürchten. Wegen die Ausführungen des Kollegen **Lender** ist an sich nichts einzuwenden. Doch streift in besonderem und größerem Maße eintritten würden, glaube er nicht, wegen der Reichstarke, die wir für alle Branchen haben. Es könne sich dann immer nur um lokale Kämpfe handeln, die freilich auch große Mittel beanspruchen können. Aber da werde sich schon die Opferwilligkeit unserer Mitglieder zeigen.

Nachdem der Verbandsvorstand eine weitere Er- höhung der Streikunterstützung nicht beantragt habe, sehe auch er keine Veranlassung, dies zu tun, zumal die Lokalkassen immer mehr dazu kommen, Zuschüsse zu leisten. Im Bezug auf die Arbeitslosenunter- stützung könne er im Antrag des Verbandsvorstandes keinen Fortschritt sehen. Dingu komme, daß jetzt vielerorts die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunter- stützungen auf die staatliche angeordnet werde. Er lehne darum eine Änderung der Arbeitslosenunter- stützung ab. Eine Verschärfung sei auch der An- trag, die Karenzzeit von 26 auf 52 Wochen zu er- höhen. Richtig sei es schon, wie 1904 bereits ein- mal geschehen, alle geleisteten Beiträge beim Unter- stützungsbetrag anzurechnen. Die Anteile der Zahl- stellen müssen erhöht werden, da auch die Ausgaben der Lokalkassen ganz enorm gestiegen seien. Die Funktionäre der Zahlstelle Berlin haben beschlossen, lediglich die Invalidenunterstützung zu erhöhen, alle anderen Anträge aber abzulehnen, vor allem aber die geplante Beitrags- erhöhung. Die Erhöhung des Lokalaufschlages in der Krankentafelunterstützung in der Zahlstelle Berlin sei nur erfolgt, weil nicht feisstand, in welcher Weise die Leistungen der Krankentafel ge- regelt werden. Die Invalidenunterstützung sollte nach mehr erhöht werden als der Antrag des Ver- bandsvorstandes vorsieht, auch ohne Beitrags- erhöhung; der angesammelte Fonds könne dies wohl tragen.

**Schröter** Augsburg schlägt sich im wes- entlichen dem Vorschlag an und verweist außer- dem auf die Konkurrenz des graphischen Zentral- verbandes mit dessen niedrigen Leistungen.

**Menger** Dresden erklärt, daß auch die Mit- glieder in Dresden eine Beitrags- erhöhung ablehnen. Er wünsche, daß unser Unterstützungswesen vollstän- dig unverändert bleibe. Wolle man eine Veränderung, dann sei es wichtiger, die Unterstellungen abzubauen, Änderungen in Verwaltungsaangelegenheiten, wie Erhöhung der Gebühren für verlorene Bücher usw., können und müssen durchgeführt werden. Nach in Dresden wird versucht, unsere Arbeitslosenunter- stützung auf die staatlichen Unterstützungssätze an- zurechnen. Ebenso haben in Dresden unsere Mit- glieder hart unter der Konkurrenz der billiger arbei- tenden Gewerkschaften zu leiden. Weiter müsse er auch gegen eine Kürzung der örtlichen Anteile pro- testieren, denn nichts anderes stelle die Vorlage des Vorstands dar. Der letzte Extrabeitrag solle in einen obligatorischen umgewandelt werden, das sei die beste Lösung. (Schluß folgt.)

**Lender** Berlin. Die Erhöhung der Streikunterstützung ist im Antrag des Verbandsvorstandes keine Fortschritt sehen. Dingu komme, daß jetzt vielerorts die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunter- stützungen auf die staatliche angeordnet werde. Er lehne darum eine Änderung der Arbeitslosenunter- stützung ab. Eine Verschärfung sei auch der An- trag, die Karenzzeit von 26 auf 52 Wochen zu er- höhen. Richtig sei es schon, wie 1904 bereits ein- mal geschehen, alle geleisteten Beiträge beim Unter- stützungsbetrag anzurechnen. Die Anteile der Zahl- stellen müssen erhöht werden, da auch die Ausgaben der Lokalkassen ganz enorm gestiegen seien. Die Funktionäre der Zahlstelle Berlin haben beschlossen, lediglich die Invalidenunterstützung zu erhöhen, alle anderen Anträge aber abzulehnen, vor allem aber die geplante Beitrags- erhöhung. Die Erhöhung des Lokalaufschlages in der Krankentafelunterstützung in der Zahlstelle Berlin sei nur erfolgt, weil nicht feisstand, in welcher Weise die Leistungen der Krankentafel ge- regelt werden. Die Invalidenunterstützung sollte nach mehr erhöht werden als der Antrag des Ver- bandsvorstandes vorsieht, auch ohne Beitrags- erhöhung; der angesammelte Fonds könne dies wohl tragen.

**Schröter** Augsburg schlägt sich im wes- entlichen dem Vorschlag an und verweist außer- dem auf die Konkurrenz des graphischen Zentral- verbandes mit dessen niedrigen Leistungen.

**Menger** Dresden erklärt, daß auch die Mit- glieder in Dresden eine Beitrags- erhöhung ablehnen. Er wünsche, daß unser Unterstützungswesen vollstän- dig unverändert bleibe. Wolle man eine Veränderung, dann sei es wichtiger, die Unterstellungen abzubauen, Änderungen in Verwaltungsaangelegenheiten, wie Erhöhung der Gebühren für verlorene Bücher usw., können und müssen durchgeführt werden. Nach in Dresden wird versucht, unsere Arbeitslosenunter- stützung auf die staatlichen Unterstützungssätze an- zurechnen. Ebenso haben in Dresden unsere Mit- glieder hart unter der Konkurrenz der billiger arbei- tenden Gewerkschaften zu leiden. Weiter müsse er auch gegen eine Kürzung der örtlichen Anteile pro- testieren, denn nichts anderes stelle die Vorlage des Vorstands dar. Der letzte Extrabeitrag solle in einen obligatorischen umgewandelt werden, das sei die beste Lösung. (Schluß folgt.)

**Lender** Berlin. Die Erhöhung der Streikunterstützung ist im Antrag des Verbandsvorstandes keine Fortschritt sehen. Dingu komme, daß jetzt vielerorts die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunter- stützungen auf die staatliche angeordnet werde. Er lehne darum eine Änderung der Arbeitslosenunter- stützung ab. Eine Verschärfung sei auch der An- trag, die Karenzzeit von 26 auf 52 Wochen zu er- höhen. Richtig sei es schon, wie 1904 bereits ein- mal geschehen, alle geleisteten Beiträge beim Unter- stützungsbetrag anzurechnen. Die Anteile der Zahl- stellen müssen erhöht werden, da auch die Ausgaben der Lokalkassen ganz enorm gestiegen seien. Die Funktionäre der Zahlstelle Berlin haben beschlossen, lediglich die Invalidenunterstützung zu erhöhen, alle anderen Anträge aber abzulehnen, vor allem aber die geplante Beitrags- erhöhung. Die Erhöhung des Lokalaufschlages in der Krankentafelunterstützung in der Zahlstelle Berlin sei nur erfolgt, weil nicht feisstand, in welcher Weise die Leistungen der Krankentafel ge- regelt werden. Die Invalidenunterstützung sollte nach mehr erhöht werden als der Antrag des Ver- bandsvorstandes vorsieht, auch ohne Beitrags- erhöhung; der angesammelte Fonds könne dies wohl tragen.

**Schröter** Augsburg schlägt sich im wes- entlichen dem Vorschlag an und verweist außer- dem auf die Konkurrenz des graphischen Zentral- verbandes mit dessen niedrigen Leistungen.

**Menger** Dresden erklärt, daß auch die Mit- glieder in Dresden eine Beitrags- erhöhung ablehnen. Er wünsche, daß unser Unterstützungswesen vollstän- dig unverändert bleibe. Wolle man eine Veränderung, dann sei es wichtiger, die Unterstellungen abzubauen, Änderungen in Verwaltungsaangelegenheiten, wie Erhöhung der Gebühren für verlorene Bücher usw., können und müssen durchgeführt werden. Nach in Dresden wird versucht, unsere Arbeitslosenunter- stützung auf die staatlichen Unterstützungssätze an- zurechnen. Ebenso haben in Dresden unsere Mit- glieder hart unter der Konkurrenz der billiger arbei- tenden Gewerkschaften zu leiden. Weiter müsse er auch gegen eine Kürzung der örtlichen Anteile pro- testieren, denn nichts anderes stelle die Vorlage des Vorstands dar. Der letzte Extrabeitrag solle in einen obligatorischen umgewandelt werden, das sei die beste Lösung. (Schluß folgt.)

**Lender** Berlin. Die Erhöhung der Streikunterstützung ist im Antrag des Verbandsvorstandes keine Fortschritt sehen. Dingu komme, daß jetzt vielerorts die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunter- stützungen auf die staatliche angeordnet werde. Er lehne darum eine Änderung der Arbeitslosenunter- stützung ab. Eine Verschärfung sei auch der An- trag, die Karenzzeit von 26 auf 52 Wochen zu er- höhen. Richtig sei es schon, wie 1904 bereits ein- mal geschehen, alle geleisteten Beiträge beim Unter- stützungsbetrag anzurechnen. Die Anteile der Zahl- stellen müssen erhöht werden, da auch die Ausgaben der Lokalkassen ganz enorm gestiegen seien. Die Funktionäre der Zahlstelle Berlin haben beschlossen, lediglich die Invalidenunterstützung zu erhöhen, alle anderen Anträge aber abzulehnen, vor allem aber die geplante Beitrags- erhöhung. Die Erhöhung des Lokalaufschlages in der Krankentafelunterstützung in der Zahlstelle Berlin sei nur erfolgt, weil nicht feisstand, in welcher Weise die Leistungen der Krankentafel ge- regelt werden. Die Invalidenunterstützung sollte nach mehr erhöht werden als der Antrag des Ver- bandsvorstandes vorsieht, auch ohne Beitrags- erhöhung; der angesammelte Fonds könne dies wohl tragen.

**Schröter** Augsburg schlägt sich im wes- entlichen dem Vorschlag an und verweist außer- dem auf die Konkurrenz des graphischen Zentral- verbandes mit dessen niedrigen Leistungen.

**Menger** Dresden erklärt, daß auch die Mit- glieder in Dresden eine Beitrags- erhöhung ablehnen. Er wünsche, daß unser Unterstützungswesen vollstän- dig unverändert bleibe. Wolle man eine Veränderung, dann sei es wichtiger, die Unterstellungen abzubauen, Änderungen in Verwaltungsaangelegenheiten, wie Erhöhung der Gebühren für verlorene Bücher usw., können und müssen durchgeführt werden. Nach in Dresden wird versucht, unsere Arbeitslosenunter- stützung auf die staatlichen Unterstützungssätze an- zurechnen. Ebenso haben in Dresden unsere Mit- glieder hart unter der Konkurrenz der billiger arbei- tenden Gewerkschaften zu leiden. Weiter müsse er auch gegen eine Kürzung der örtlichen Anteile pro- testieren, denn nichts anderes stelle die Vorlage des Vorstands dar. Der letzte Extrabeitrag solle in einen obligatorischen umgewandelt werden, das sei die beste Lösung. (Schluß folgt.)

**Eine Elternversammlung der Jugend- abteilung der Zahlstelle Berlin.**

Der Plan einer Elternversammlung unserer Jugendlichen kurzfristige schon lange in den Köpfen der Jugendkommission. Nun hat die Sitzung der jugendlichen Betriebsvereinsmitglieder am 19. Mai den Beschluß gefaßt, eine Elternversammlung zum 23. Juni (Schulferien) in der Zahlstelle Berlin einzuladen. Es muß dort zu einer Klärung zwischen Jugend und Eltern kommen. Derzeit doch gerade in den Kreisen der arbeitenden Eltern eine gewisse Hoffschätzung unserer Bewegung. Es wird zu einer schon unruhigeren Klärung unserer Ziele führen, wenn wir den Eltern zeigen, daß wir eine wirtschaftliche Interessenvertretung der Jugend un- bedingt haben müssen. Und liegt aber nicht nur das wirtschaftliche Wohl am Herzen, sondern der

kulturelle Aufstieg ist mit dem eng verflochten. Sagt doch Marx in seinem „Kapital und Arbeit“, daß die Arbeiterförderung nicht nur durch ein materielles, sondern auch durch ein moralisches Recht bedingt sei. Oft genug wird uns auch der Vorwurf gemacht, speziell von den Arbeitgeberern, parteipolitisch zu wirken. Wenn man dann unser Programm ansieht, in dem wir jegliches Anklamern an die Schöpfung einer Partei verwerfen, aber trotzdem im Sinne des Sozialismus wirken, bekommt dies auch ein anderes Gesicht. Die jungen Menschen sollen sich dadurch, daß wir Schriften verbreiten und Vorträge über alle Parteien und Strömungen in der sozialistischen Bewegung halten, zum selbständigen Denken und Urteilen erziehen. Sie werden dann stets eine Sache kritisch betrachten. Wären die Menschen 1914 kritisch erogen gewesen, hätten wir ein solches Blutbad an der Menschheit nicht erlebt.

Denkt ihr Eltern daran, daß eure Kinder anderer Feiertagen bedürftig sind, als ihnen der Kapitalismus durch Langböden, Kinos und dergl. mehr bietet?

Denkt ihr daran, daß euren Kindern ein besseres Leben beschieden sein soll, was euch vorzuziehen war?

Denkt ihr daran, daß eure Kinder nicht mehr Frontränge einer Minderheit leisten wollen?

Denkt ihr daran, daß es an einem jeder einzelnen, liegt, ob es mit uns vor- oder rückwärts geht?

Drum, ihr Jungen, agitiert und werbt für die gemeinsame Sache, erscheint in Massen, weicht euren Eltern nicht von der Fahne, bringt sie alle mit zur Versammlung. Es geht um euch und eure Zukunft.

Die Jugendkommission. J. A. O. Bröder.

**Änderungen in der Wochenfürsorge.**

Die durch Gesetz vom 26. September 1919 eingeführte Wochenhilfe ist durch Verordnung vom 30. April 1920 dahin erweitert worden, daß die Krankenkassen mit Zustimmung des Oberversicherungsamts das Wochenlohn höher als das Krankengeld — und zwar bis zur Höchstgrenze von  $\frac{1}{2}$  des Grundlohnes — bemessen dürfen. Weiter wird in Konsequenz der bisherigen Bestimmung, daß vier

Wochen in die Zeit vor der Entbindung fallen, angeordnet, daß das Wochenlohn für die ersten vier Wochen mit dem Tage der Entbindung fällig wird.

Auch die Höhe des Jahreseinkommens der minderbemittelten deutschen Wöchnerinnen, wird von 2500 auf 4000 M. erhöht, so daß nunmehr auch alle diejenigen Wöchnerinnen Anspruch auf Wochenfürsorge haben, deren eigenes Einkommen oder in Verbindung mit dem ihres Ehemannes im Jahre vor der Entbindung den Betrag von 4000 M. nicht übersteigt.

**Literarisches.**

**Mitgeber für Kriegshinterbliebene.** Preis 2,80 M. und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Friedenau. Inhaltsangabe des für alle Beratungsstellen, Vereine und Hinterbliebene sehr nützlichen Ratgebers:

- I. Rentenversorgung: 1. Die Hinterbliebenen der Angehörigen des Reichsheeres. 2. Die Hinterbliebenen der Angehörigen des Seemarineheeres. 3. Der Kreis der zu versorgenden Hinterbliebenen. 4. Die Gnadengebührrnisse. II. Die Zuwendungen auf Grund des Arbeitseinkommens des Verstorbenen. III. Die Feuerungszulage des Jahres 1918. IV. Die einmalige Feuerungszulage des Jahres 1919. V. Die laufende Feuerungszulage des Jahres 1919. VI. Die Versorgung von Angehörigen von Beamten. VII. Die Auszahlung der Hinterbliebenengebührrnisse. VIII. Die Abfindung bei Wiederverheiratung der Witwe. IX. Die Abfindung der kriegsverfürsorgeberechtigten Witwen auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes. X. Die Versorgung der Hinterbliebenenanwärter vor den Militärversorgungsgesetzen. XI. Die Besteuerung der Hinterbliebenengebührrnisse. XII. Die ergänzende Hinterbliebenenfürsorge. 1. Unterstützungen aus Mitteln der gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege. 2. Die Beihilfen für notleidende Kriegshinterbliebene auf Grund des Beschlusses der Nationalversammlung vom 31. August 1919. XIII. Die Ansprüche der Kriegshinterbliebenen aus der Invalidenversicherung der Reichsversicherungsordnung.

**Abrechnung**

vom Streif der Werkstätte Guntter, Regensburg.

Einnahmen:

Aus der Zentralkasse	1113,80 M.
„ Lokalkasse	220,—
<b>Summa</b>	<b>1333,80 M.</b>

Ausgaben:

	Zentralkasse	Lokalkasse
An 1 verheirat. Arbeiter	140,— M.	52,— M.
„ 6 ledige	674,80	88,—
„ 5 Arbeiterinnen	276,00	80,—
„ 8 Kinder	21,—	—
Für Porto	1,10	—
<b>Summa</b>	<b>1113,80 M.</b>	<b>220,— M.</b>

Regensburg, den 7. Juni 1920.

Josef Dagen, Streifenleiter.  
E. Wöhl, Kassierer.  
Reichl, Witterer, Revisoren.

**Abrechnung**

vom Streif in der Anstalt Bethel bei Bielefeld.

Einnahmen:

Aus der Zentralkasse	1130,00 M.
„ Lokalkasse und auf Sammelliste	841,05
<b>Summa</b>	<b>1971,95 M.</b>

Ausgaben:

	Zentralkasse	Lokalkasse
An 4 verheirat. Kollegen	377,10 M.	180,— M.
„ 8 ledige	88,20	88,20
„ 17 Arbeiterinnen	572,85	572,85
Für Lokalmiete	50,—	—
„ 2 Verhandlungen beim Schlichtungsaussch.	12,75	—
„ Streileitung	80,—	—
<b>Summa</b>	<b>1130,90 M.</b>	<b>841,05 M.</b>

Bielefeld, den 8. Juni 1920.

J. Hof, 1. Vorsitzender.  
Brinckhoff, Kassierer.  
Dammann, 1. Revisor.  
Schmidt, 2. Revisor.

Gesucht für die Abt. Maschinenfabrikerei (Großbuchbinderei) zum baldigen Antritt eine durchaus **tüchtige Kraft** welche Reparaturen an d. Maschin. selbst. ausführen kann und das Personal beaufsichtigt, oder einen Monteur, d. m. Falz- od. Westmasch. vertr. ist. Gest. Off. unt. „M. N. 1920“, an die Exped. d. Blattes.

**Verkaufe**

eine sehr gut erhaltene Kartonnagen-Blech-Edenheftmaschine.  
F. Ernst & Co  
Deesbach i. Thüringen.

**Pappschere**

Papier- und Schneidemaschine, Stanze, Altmaschine eventl. Elektromotor kauft **Loeffler, Berlin-Schlachtenstr.**  
Briefporto 40 Pf.

Schneidbleiben, weißbuchen, empf. J. Gabel, Göttersfeld, Geinoldstr. 74.

**Schlagmetall**

- Celluloid, Bronze, Firnis, ●
- Steinbrunnenfarben Faust ●
- Winklers Farbenhandlung ●
- Berlin, Reichensbergerstr. 120, Hof. ●



**WIRIL**

**Klebstoffe**

sind allen voran  
Glänzende Begutachtungen  
Lieferanten von Staats- u. städt.  
Behörden, industriellen Werken  
u. der Handelswelt.

Muster u. 5 kg gern zu Diensten, Verwendungsräte angeband

**Chemisch**

**Technische Werke**

Willybald Richter

Leipzig Querstr. 46

Tel. 3049, 11248 \* Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.

**Anzeigen** finden nur Aufnahme, wenn der Betrag eingesandt ist.

**TAFELLEIM**

Wo bisher Tafelleim (Knochenleim, Lederleim) gebraucht wurde, verwenden Sie jetzt unseren „Leimextrakt“: bezugscheinfrei; Anwendung und Bindefkraft wie bei Tafelleim; haltbar, warm zu verarbeiten, kein minderwertiger Ersatz. Verlangen Sie Anerkennungs schreiben. Preis zurzeit 24,— M. p. kg ab Fabrik. Probepakete von 4 1/2 kg unter Nachnahme zu Diensten

**Mehler & Co., Chem. Fabrik, Mannheim, Industriehafen**

Tel. 1875

Telegr. Adr. Mehlwert

**Kollegen**

die die Kunst Gabelbergers erlernen wollen können sich jetzt zu einem billigen Preisgraphierkurs anwerben. Preis 13 M. K. Buchh. Leipzig-Bahnhof. Am Bahnhof 26.